

— (Unser Verhältnis zu Ungarn.) Ueber die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der beiden Staaten unserer Monarchie sprach Präsident Schiel des Niederösterreichischen Gewerbevereins in dessen letzter Vollversammlung. Nach einer Erörterung der scharfen Auseinandersetzungen der letzten Zeit hilden und drücken meinte der Redner, daß man auf einen Vorschlag zurückgreifen könnte, der von dem Niederösterreichischen Gewerbeverein schon wiederholt gemacht, aber bisher nicht berücksichtigt wurde, und zwar auf die periodischen Zusammenkünfte von Vertretern der großen wirtschaftlichen Körperschaften Oesterreichs und Ungarns (einmal in Wien, einmal in Budapest) zum Austausch der Gedanken, aber auch der Beschwerden und Klagen, insbesondere zur Ueberprüfung der vorgebrachten konkreten Beschwerdefälle. Solche Aussprachen würden zweifellos zur Klärung der Ansichten beitragen und würden auch verhindern, daß ungerechtfertigte Vorwürfe und unbegründete Anklagen erhoben werden, die aber bei der nun einmal bestehenden Verbitterung leicht geeignet sind, zu ernstern Revürnissen zu führen. Allerdings werden wir, führte der Präsident aus, nie und nimmer vergessen dürfen, daß wir vor allem die Interessen der österreichischen Volkswirtschaft wahrzunehmen haben, daß wir

durchaus nicht um jeden Preis nach einem wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn zu streben haben und daß wir, ähnlich wie dies kürzlich Vertreter der ungarischen Volkswirtschaft getan, auch unsererseits ungescheut konkrete Vorschläge für die künftige Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn erstatten sollten. So wird man unsererseits, wenn von ungarischer Seite zum Beispiel die Kontingentierung der österreichischen Einfuhr oder Zwischenzölle für einzelne hilfsbedürftige ungarische Industrien vorgeschlagen werden, Vorschläge betreffend die Behandlung des Mehlverkehrs, namentlich des Veredlungs- oder Einfuhrscheinsystems, ferner über die Verkehrs- und Tariffragen, vor allem aber auch betreffs der völligen Freiheit Oesterreichs in bezug auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus dritten Staaten zu erstatten haben. Es werden dann die gegenseitigen Forderungslisten wie üblich auf ihre inner- und außenpolitische Durchführbarkeit zu prüfen und von den beiden Regierungen und Parlamenten dementsprechend zu entscheiden sein. Eines aber sollten Politiker und Volkswirte sowohl in Ungarn wie in Oesterreich niemals aus dem Auge verlieren: daß die beiden Staaten der Monarchie schon zufolge der Bestimmungen der Pragmatischen Sanktion nun einmal miteinander leben müssen und aufeinander angewiesen sind, daß man bei aller Wahrung der Interessen des eigenen Staates dieses Miteinanderleben denn doch nicht über Gebühr erschweren, ja behindern sollte. Die allzu weitgehende Schädigung des anderen Teiles würde auch schließlich eine solche des eigenen Gebietes bewirken und zu ernstern politischen Nachteilen führen.